

Erfurt, 24.04.10

Die Landesversammlung des BUND Thüringen möge beschließen:

Atomkraft abschalten

Deutschlands Stromkonzerne wollen die Laufzeiten ihrer ältesten Atomkraftwerke verlängern und den Atomausstieg in Deutschland rückgängig machen. Aktuell geht es den Konzernen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW darum,

Strommengen von neueren auf die ältesten Reaktoren zu verlagern, mit dem Ziel diese nicht – wie eigentlich vom Atomgesetz vorgesehen – in dieser Legislaturperiode vom Netz zu nehmen. Letztlich wollen die Konzerne den Atomausstieg in Deutschland rückgängig machen. Anträge auf Strommengenübertragung wurden für die AKW [Biblis A](#), [Brunsbüttel](#) und [Neckarwestheim 1](#) gestellt. Diese Anträge müssen von der Bundesregierung zurückgewiesen werden!

Gründe gegen Laufzeitverlängerungen gibt es genug:

Sicherheitsgefahren

Längere Laufzeiten erhöhen das atomare Risiko durch Alterungseffekte und Materialermüdung. Betroffen sind wichtige Teile eines Atomkraftwerkes wie der Reaktordruckbehälter, der Kühlkreislauf, die Dampf-Generatoren und Turbinen. Insgesamt führt dies zu einer zunehmenden Ausnutzung der Sicherheitsreserven.

Derzeit werden Atomkraftwerke durchschnittlich nach 20 Jahren Betrieb stillgelegt. Zu diesem Zeitpunkt zeigen sich üblicherweise die ersten Alterungseffekte. Nach den Plänen der Union sollen die Kraftwerke 40 Jahre und länger laufen.

Die geplanten Laufzeitverlängerungen betreffen auch AKW wie Brunsbüttel oder Biblis A, die ihre Unsicherheit bereits mehrfach unter Beweis gestellt haben, aber auch AKW, die nicht ausreichend gegen Flugzeugabstürze oder terroristische Angriffe gesichert sind..

Mehr Atommüll ohne sicheres Endlager

Bei Laufzeitverlängerungen würde sich die Menge des gefährlichen Atommülls deutlich erhöhen. Die Produktion von Atommüll ist unverantwortlich, weil wir den nachfolgenden Generationen ein strahlendes Erbe hinterlassen. Der hochradioaktive Müll muss mindestens 1 Million Jahre sicher verwahrt werden. Bisher gibt es weltweit keine Lösung für eine sichere Aufbewahrung von Atommüll. CDU/CSU wollen jetzt wieder auf den ungeeigneten Standort Gorleben setzen. Dies kann nur eine Scheinlösung sein. Ziel muss sein, die Müllproduktion möglichst schnell zu beenden, statt die Müllmenge noch einmal deutlich (je nach verlängerter Laufzeit um 25 Prozent oder mehr) zu erhöhen.



Kein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz

Auch das umweltpolitische Argument, nur mit der Atomkraft sei eine globale Lösung der CO₂-Problematik zu erreichen, ist Unsinn. Die AKW haben einen schlechten Wirkungsgrad und die begrenzten Uranvorkommen ermöglichen auch langfristig nur einen minimalen Anteil an der Weltenergieproduktion. Derzeit liegt der Anteil der Atomkraft am weltweiten Energieverbrauch nur bei knapp 3 Prozent. Für einen relevanten Anteil müssten hunderte neue AKW gebaut werden. Das ist kein realistisches Szenario. Auch für Deutschland ist die Atomkraft klimapolitisch kontraproduktiv: Durch den Weiterbetrieb der AKW bleibt die Struktur zentraler, ineffizienter Großkraftwerke erhalten. Die Energiewende hin zu kleineren effizienteren Einheiten mit der Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung und dem ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien wird gebremst. Und klar ist auch: Erneuerbare Energien wie die Windkraft haben eine bessere CO₂-Bilanz als Atomkraftwerke.

Deshalb erklärt sich die Landesversammlung des BUND Thüringen solidarisch mit allen Teilnehmern heutigen Anti-Atom-Aktionstages: mit den Teilnehmern der Menschenkette vom Schrottreaktor Brunsbüttel bis zum Pannenmeiler Krümmel, mit der Demonstration gegen das Atommüll-Zwischenlager Ahaus und mit der AKW-Umzingelung von Biblis.

Der BUND Thüringen fordert:

- Kein Wiederaufstart der AKW Brunsbüttel und Krümmel
- Stilllegung der AKW Neckarwestheim 1 und Biblis A und B
- Verzicht auf längere AKW-Laufzeiten

Atomausstieg heißt Abschalten!